

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	SHV: Gewaltdelikt in Reithalle bzw. beim Henkerbrännli vor ca. einer Woche. Ein Mann ist nach einer Messerattacke ein paar Tage später verstorben. Was hat der Tod des Opfers für Auswirkungen auf das Strafverfahren?	Damit ist ein anderer Straftatbestand erfüllt.
		Weitere Auswirkungen?	Das Opfer ist aufgrund des Todes nicht mehr beteiligt
		Gibt es auf der Opferseite sonst Parteien?	Die Hinterbliebenen
		Wer genau?	Die nächsten Verwandten / Ehepartner
		Wie ist es mit den Konkubinats Partnern?	Wenn sie eine eheähnliche Beziehung haben, dann ist sie Partei
		Was haben sie für Möglichkeiten zur Teilnahme?	Sie ist nicht Partei, aber gemäss Art. 105 StPO andere Verfahrensbeteiligte. Sie haben bspw. Anspruch auf Informationen über den Ausgang des Verfahrens
		Warum ist sie nicht Partei?	Sie ist nicht direkt geschädigt
		Vgl. Art. 121 Abs. 2 StPO Rechtsnachfolge. Die Rechtsnachfolgen haben die Möglichkeit sich am Verfahren zu beteiligen. Wie ist ihre Stellung prozessual?	Parteiähnlich
		Was können sie geltend machen?	Genugtuung, wegen grossem seelischen Schaden
		Schadenersatz?	Es können auch andere Schäden aus dem Tod erwachsen bspw. Arztkosten, Bestattungskosten.
		Worauf kann dieser Anspruch gestützt werden?	Art. 117 Abs. 3 StPO. Die Angehörigen haben die gleichen Rechte wie das Opfer. Sie sind wie eine Partei, aber können nur im Zivilpunkt Anträge stellen.
		Was hat der Tod der beschuldigten Person für Rechtsfolgen?	Das Verfahren wird eingestellt. Ein toter kann nicht mehr bestraft werden.
		Wann ist eine Einstellung möglich?	Wenn die Prozessvoraussetzungen nicht erfüllt sind. Dies stellt ein Prozesshindernis nach Art. 319 Abs. 1 lit. d StPO dar.

	<p>Handelsregister gelöscht wird?</p> <p>Welche Fälle können gegen juristische Personen geführt werden?</p> <p>Was passiert, wenn dann eine Unternehmung einfach neu eingetragen wird?</p> <p>SVH 2- Kostenverfügung Staatsanwaltschaft Als Rechtsvertreterin der Privatkügerschaft haben Sie Strafanzeige gegen unbekannte Täterschaft wegen Urheberrechtsverletzungen eingereicht. Sie beantragten, dass 135 IP-Adressen zu identifizieren seien. Die Stawa rechnet pro IP CHF 250.00 = CHF 132'750.00. Was fällt Ihnen zur Verfügung ein? Ist dies zulässig, möglich?</p> <p>Was spricht für die Zulässigkeit? Annahme Antragsdelikt</p> <p>Wie kann argumentiert werden, dass die Verfügung unzulässig ist?</p> <p>Wie kann argumentiert werden, dass dieser Beweis Antrag nicht unter die Kostenvorschusspflicht fällt?</p> <p>Spielt es eine Rolle, ob es ein Antrags- oder ein Offizialdelikt ist?</p> <p>Aktuell richtet sich die Strafanzeige gegen unbekannte Täterschaft. Spielt dies eine Rolle für die Kostenverfügung?</p> <p>Kann ein Rechtsmittel ergriffen werden?</p> <p>Was sind die Konsequenzen, wenn Kosten nicht bezahlt werden?</p> <p>Kann ein Rechtsmittel erhoben werden?</p>	<p>existiert.</p> <p>Nur bestimmte Verfahren bspw. Geldwäscherei. Wenn kein Organisationsverschulden gegen ist, dann kann ein Strafverfahren gegen juristische Personen geführt werden. Es ist ein Prozesshindernis, wenn ein Unternehmen gelöscht wird.</p> <p>Dies stellt ein Verstoss gegen Treu und Glauben dar, ist rechtsmissbräuchlich.</p> <p>Für Beweisanträge kann ein Kostenvorschuss einverlangt werden, wenn sie den Zivilpunkt betreffen.</p> <p>Fraglich ist, ob die Höhe der Kosten gerechtfertigt sind.</p> <p>Wegen der Höhe der Kostenverfügung wird die Strafverfolgung verhindert.</p> <p>Verfolgungszwang</p> <p>Unterschied ist, dass bei einem Offizialdelikt von Amtes wegen abklären müssen, bei einem Antragsdelikt auf entsprechenden Antrag</p> <p>Vor der Abklärung der IP-Adressen ist nicht möglich die Täterschaft zu benennen. Die Beweismassnahme betrifft sowohl den Zivil- als auch den Strafpunkt. Es kann keine Strafverfolgung durchgeführt werden, wenn nicht bekannt ist, gegen wen.</p> <p>Beschwerde, da Kostenverfügung eine prozessleitende Verfügung ist.</p> <p>Kostenvorschuss muss bezahlt oder innert Frist Rechtsmittel eingereicht werden.</p> <p>Nach Art. 394 StPO kann keine Beschwerde gegen die Ablehnung von Beweisanträgen geführt werden, wenn der Antrag ohne Rechtsnachteil vor dem erstinstanzlichen Gericht wiederholt werden kann. Vorliegend ergeben sich Rechtsnachteile, da gar kein erstinstanzliches Verfahren geführt wird, wenn die Beweismassnahmen nicht durchgeführt werden.</p>
--	--	--

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Jäger	SVH Bernmobil hat im selektiven Verfahren ausgeschrieben, dass alle Kaffeemaschinen an sämtlichen Standorten durch neue ersetzt und gewartet werden sollen. Zuschlagskriterien: Preis 50% Technik + Qualität 20% Lieferantenreferenzen 30% 4 Anbieter haben ein Angebot eingereicht. A erhält den Zuschlag. C liegt auf dem 3ten Rangen und ist damit nicht einverstanden und erhebt Beschwerde. Er ist nur preislich günstiger als A, sonst war A besser. Welche Chancen und Risiken hat C im Prozess?	Zu prüfen ist die Beschwerdelegitimation. Das Angebot von C war auf dem 3. Rang und nur im Preis besser bzw. günstiger als A. Es wird lediglich ein Antrag auf Überprüfung der Sachlage gestellt und nicht, dass C der Zuschlag erhält. Die Chancen von Bernmobil sind gut.
		Was gibt es für Unterschiede zwischen dem VRPG und dem ÖBG? Besonderheiten im ÖBG?	Die Beschwerdemöglichkeit bzw. welches Verfahren hängt von Schwellenwerten ab. Im freihändigen Verfahren ist eine Beschwerde nicht möglich.
		Was gibt es für Abweichungen vom VRPG?	Die Beschwerdefrist beträgt nur 10 Tage und die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung, diese muss beantragt werden.
		Welche Rechtsbegehren müssen in der Beschwerdeantwort für Bernmobil gestellt werden?	RB auf Abweisung oder Nichteintreten. Auf die Beschwerde sei nicht einzutreten oder abzuweisen – unter Kosten- und Entschädigungsfolge.
		Begründung für Nichteintreten?	Beschwerdelegitimation ist nicht gegeben, da C im 3. Rang für A nicht nachrücken könnte.
		Wann ist derjenige im 3. Rang beschwerdelegitimiert?	Es muss belegt werden, dass das Angebot von C so falsch bewertet wurde, dass der Zuschlag sonst ihm erteilt worden wäre.
		Was müsste beantragt werden?	Antrag, dass ihm der Zuschlag erteilt werden muss.
		Beschwerdeführer (Laie) hat in der Beschwerde sinngemäss geltend gemacht, dass ihm auch der Zuschlag zu erteilen sei. Was macht Beschwerdeinstanz, wenn dies nicht explizit beantragt wurde?	Wird berücksichtigt, sonst evtl. überspitzter Formalismus.
		Was wird nicht beantragt?	Aufschiebende Wirkung und Kosten- und Entschädigungsfolge.
		Was würden sie Bernmobil raten?	Den Vertrag mit A abschliessen. Der Vertrag bleibt bestehen, auch wenn der Zuschlag als rechtswidrig erklärt wird.

		<p>Wie wirkt sich der Vertragsabschluss auf Verfahren aus?</p> <p>Was hat C für einen Vorteil aus dem Verfahren?</p> <p>Was gilt als Schadenersatz?</p> <p>Rüge 1: Angebot von C war günstiger</p> <p>Rüge 2: der Gewinner (A) war ein ausserkantonaler Anbieter</p> <p>Rüge 3: Bewertung sei falsch, Qualität mit A sei identisch.</p> <p>Rüge 4: Lieferantenreferenz ist gleichwertig mit A. Was macht Beschwerdeinstanz mit den Rügen?</p> <p>Rechtsverletzungen? → Ausserkantonaler Anbieter</p>	<p>Es wird festgestellt, dass der Zuschlag rechtswidrig ist, aber er gilt.</p> <p>Er kann Schadenersatz verlangen.</p> <p>Entschädigung für Offertenstellung.</p> <p>Relevant sind die Kriterien in der Summe. Das wirtschaftlich beste Angebot ist nicht das Günstigste.</p> <p>Spielt keine Rolle, da mit dem Ausschreibungsverfahren der Markt geöffnet werden soll.</p> <p>C hat das Angebot von A nicht gesehen, kann mit dem Angebot von A argumentieren.</p> <p>Scheinbar war diese nicht identisch. Angemessenheit kann die Direktion nicht prüfen (vgl. Art. 14 ÖBG).</p> <p>Ermessensmissbrauch i.c. gerade keine Rechtsverletzung, da mit dem Verfahren der Markt öffnen will. Es gilt der Nichtdiskriminierungsgrundsatz</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Markus A.	<p>SVH Autogeneralimporteuer (AMAG) verkauft an Retail-Kunden einen VW-Diesel. Diesel stinkt und hält Abgabewerte nicht ein (Vorschriften Bundesamt für Verkehr). AMAG muss sich gefasst machen, dass vom Käufer etwas kommt. Was kann der Käufer geltend machen?</p> <p>Ausgang: Kann nur mit Verlust weiterverkauft werden. Autos müssen obligatorisch wieder zurück in Garage, muss repariert werden. Vorschriften des Bundesamtes verursachen Umtriebe und Wertverluste.</p> <p>Kann die Behebung des Fehlers im Abgassystem bzw. die Kosten für diesen Mangel geltend gemacht werden?</p> <p>AMAG hat alles gemacht um die Fehler zu beheben. Hat Käufer Anspruch auf Schadensbehebung?</p> <p>Haftung nur für zugesicherte Eigenschaften?</p> <p>Annahme: Das Auto bleibt bei Regen stehen, gibt es dann einen Gewährleistungsanspruch?</p> <p>Welche Mängel sind ohne Zusicherung rügbär?</p> <p>Spielen diese für die Gewährleistung eine Rolle?</p> <p>Prozess: Klage des Konsumenten. Was wird er gegen die AMAG geltend machen? Wie lauten die Rechtsbegehren? Der Dieselausstoss ist zu gross.</p> <p>Der Schaden ist in casu behebbar. Ist die Mängelrüge der Wandlung möglich?</p> <p>Was ist für Wandlung vorausgesetzt?</p> <p>Es ist eine erhebliche Einschränkung der Tauglichkeit vorausgesetzt. I.c. nicht der Fall</p>	<p>Vertrag wurde nicht erfüllt. Werte werden nicht eingehalten, kann dagegen vorgehen, indem Klage angestrebt werden.</p> <p>Arbeiten an Autos sind nötig. Umtriebe für Kunden und entsteht ein Schaden. Diese können bei der AMAG eingeklagt werden.</p> <p>Der Fehler muss behoben werden um die Vorschriften des Bundesamtes zu erfüllen. AMAG muss den Schaden beheben.</p> <p>Es liegt ein Kaufvertrag vor. Gewährleistungsrecht könnte geltend gemacht werden. Mängelgewährleistung für zugesicherte Eigenschaften.</p> <p>Ja, gibt auch Rechtsmängel</p> <p>Geht davon aus, dass das Auto läuft. Dies ist eine Eigenschaft des Autos, die nicht per se zugesichert werden muss.</p> <p>Objektiv wesentliche Vertragspunkte – charakteristische Leistungen.</p> <p>Nebenpunkte müssen zugesichert werden, damit sie gerügt werden können.</p> <p>Wenn der Ausstoss so gross ist, dass er nicht mehr benutzt werden darf, dann kann verlangt werden, dass Mängel behoben werden oder das Auto zurückgenommen werden müssen und das Geld zurückerstattet wird. Dies ist eine Rückabwicklung des Vertrages.</p> <p>Nein, der Schaden ist zu wenig gross.</p> <p>Gebrauch muss eingeschränkt sein.</p> <p>Dann Minderung möglich.</p>

		<p>Wie berechnet sich der Minderwert?</p> <p>Preis Auto – Kosten. Was ist dann der Minderwert?</p> <p>Generalimporteur hat das Auto nicht gebaut, sondern bei VW gekauft und wollen gegen VW Deutschlang vorgehen und diese einbeziehen. Was können Sie als Anwältin der AMAG vorbringen?</p> <p>Unterschied einfache Streitverkündung – Streitverkündungsklage?</p> <p>Sinn einer einfachen Streitverkündung? Wieso hilft das erste Urteil (AMAG gegen den Kunden)?</p> <p>Gleicher Anspruch?</p> <p>Nur gleiches Streitobjekt unterschied?</p> <p>Warum ist der Erstprozess präjudiziell? Was bringt eine Streitverkündung?</p>	<p>Es wird verglichen, was die Kosten waren. Es wird dann herabgesetzt, was das Auto noch für einen Wert hat mit dem Schaden. Dann wird der Wert in diesem Verhältnis zum Kaufpreis herabgesetzt.</p> <p>Kosten</p> <p>Streitverkündungsklage. LugÜ? (DE= LugÜ Staat) Dort steht nichts zur Streitverkündung. Daher Art. 8b IPRG anwendbar. Die schweizerischen Gerichte des Hauptverfahrens sind zuständig.</p> <p>Einfache: eingeladen zur Unterstützung Klage: selbstständig auch Ansprüche geltend machen.</p> <p>Frage nach Zweitprozess. Gleicher Anspruch wird weitergereicht.</p> <p>Nein, gleicher Gegenstand, gleiches Streitobjekt</p> <p>Anderer Vertrag, evtl. Freizeichnung der anderen Partei</p> <p>Sie können Argumente liefern, dass Prozess besser ausfällt. Mängel werden verbindlich festgelegt.</p>
--	--	---	---

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	<p>SVH Immergrün ist Eigentümer einer Liegenschaft, die er seit 20 Jahren besitzt und bewohnt. Will diese nun an seinen Sohn übergeben. Verkaufswert 1,8 Mio. Steuerfolgen der Veräusserung?</p> <p>Prüfen der GGSt. Was löst diese aus? Wie wird sie bemessen und wie ist das System?</p> <p>Wie hoch ist die GGSt? Wie wird sie ermittelt?</p> <p>Zahlenmässige Eckpunkte?</p> <p>Wie weiter mit Rohgewinn? Wird darauf der Steuersatz erhoben?</p> <p>Voraussetzung für die Anrechnung von Verlusten?</p> <p>Nur wenn selbstständige Erwerbstätigkeit?</p> <p>Nur wenn Verlust realisiert hätte? Immergrün = Privatperson</p> <p>Sinn + Zweck des Besitzdauerabzugs? Was ist, wenn nach 2 Jahren Abzug?</p> <p>Warum diese Mechanik?</p> <p>Warum Abzug?</p> <p>Diese können auch sonst abgezogen werden. Was wenn Immergrün eine AG ist und Liegenschaft im Geschäftsvermögen?</p> <p>Im Kanton Bern gilt welches System?</p> <p>Wann nicht GGSt, sondern Einkommenssteuer?</p>	<p>Grundstückgewinnsteuer, Handänderungssteuer (nicht, wenn an Sohn verkauft wird).</p> <p>Gewinne aus veräusserten Liegenschaften.</p> <p>Art. 146 ff. StG</p> <p>Art. 137 StG: Erlös = 1,8 Mio., - Anlagekosten = Rohgewinn (1,3 Mio.)</p> <p>Verluste können angerechnet werden.</p> <p>Im gleichen oder vorangehenden Steuerjahr, selbstständige Erwerbstätigkeit.</p> <p>Art. 143 StG.</p> <p>Besitzdauerabzug. 20 Jahre bewohnt. Art. 144 StG max. 70%.</p> <p>Dann wäre es ein Spekulationsgewinn, gibt Zuschlag während 5 Jahren.</p> <p>Spekulationen eindämmen. Geldentwertung soll entgegengewirkt werden.</p> <p>Macht immer Arbeiten, entstehen Kosten.</p> <p>Grundsätzlich GGSt, aber berücksichtigen, dass stille Reserven so ja besteuert werden. Bei AG gilt das Buchwertprinzip.</p> <p>Monistisches System</p> <p>Wenn Veräusserer Immobiliengesellschafter ist (Liegenschaftshändler) und gewerbsmässiger Handel betreibt sowie seine geschäftliche Tätigkeiten betrifft. Ausserdem müssen wertvermehrnde Arbeiten getätigt worden sein (mind. 25%) → Dann Einkommenssteuer</p>

		<p>Wann ist es erstrebenswert unter die GGSt und nicht unter die Einkommenssteuer zu fallen?</p> <p>Variante: Immergrün will Liegenschaft verschenken. Die Hypothek bezahlt Immergrün weiterhin selber. Was löst dies für eine Steuer aus?</p> <p>Wo ist dies geregelt?</p> <p>Annahme: Hypothek muss der Sohn tragen.</p> <p>Annahme: Immergrün überträgt an Lebenspartnerin und übernimmt Hypothek. Gilt hier der Aufschub?</p> <p>Annahme: Immergrün schenkt Liegenschaft an Sohn und behält sich die Nutzniessung vor.</p>	<p>Wegen Zuschlägen bei kurzer Besitzdauer.</p> <p>Keine GGSt erhoben, da kein Gewinn (Erlös). Prüfen, ob Schenkungssteuer. Art. 9b ESchG. An Nachkommen ist die Schenkung steuerfrei.</p> <p>Art. 131 Abs. 1 StG, keine GGSt bei Schenkung</p> <p>Im Umfang der Hypothek ist die Schenkung entgeltlich. Ist eine gemischte Schenkung. Art. 131 Abs. 3 StG, gilt als unentgeltlich.</p> <p>Art. 131 Abs. 3 StG nur erfüllt, wenn Erbvorbezug. Muss Erbenstellung haben. I.c. keine gesetzliche Erbin. Immergrün muss sie als Erbin einsetzen, dann wäre Abs. 3 erfüllt.</p> <p>Nacktes Eigentum geht über. Keine GGSt. Ist gesetzlich nicht geregelt.</p>
--	--	--	---